Volk und Parlament sind sich einig wie nie

Die politische Willensbildung ist seit 1848 integrativer und zugleich unberechenbarer geworden. ***Von Silvano Moeckli***

In der Schweiz gibt es kein eigentliches Machtzentrum. Statt grosser Würfe gelingen der Politik eher kleine Schritte. Trotzdem ist das System erfolgreich.



1963 gab sich der Bundesrat beim traditionellen «Schulreisli» noch weniger volksnah als heute. Von links nach rechts: Hans-Peter Tschudi, Friedrich Traugott Wahlen, Paul Chaudet, Willy Spühler, Ludwig von Moos, Hans Schaffner und Roger Bonvin. KEYSTONE

Unter «politischem Willen» verstehen wir staatliche Entscheide, die für alle Menschen, Unternehmungen und Organisationen auf einem bestimmten Territorium verbindlich sind und nötigenfalls mit Zwang durchgesetzt werden können. Willensbildung ist die Art und Weise, wie politische Entscheide zustande kommen. «Politisch» soll hier heissen, dass die Bildung des Willens kontrovers ist und am Ende eine Mehrheit gemäss festgelegten Regeln entscheidet.

In den Anfängen des Bundesstaates war die politische Willensbildung in der Schweiz majoritär geprägt. Die Sieger des Sonderbundskrieges von 1847, die Freisinnigen, hatten in beiden Räten der Bundesversammlung die Mehrheit und stellten bis 1891 auch sämtliche Bundesräte. Dominierend bei der Willensbildung war die freisinnige Allianz aus Liberalen, Radikalen und Demokraten; Divergenzen wurden innerhalb dieser «Grossfamilie» ausgetragen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Katholisch-Konservativen in den Bundesstaat integriert und bildeten fortan zusammen mit den Freisinnigen und später der SVP (damals BGB) den bürgerlichen Block. Ab den 1930er Jahren wurde die Sozialdemokratie integriert, und seit 1959 sind in der Landesregierung die massgebenden politischen Kräfte repräsentiert. Es stehen sich bei der Willensbildung seither nicht mehr ständig die gleichen Blöcke gegenüber. Die Konkordanz bei der Willensbildung wird bei dieser Konstellation gestärkt, weil die Allianzen wechseln und die Sieger und Verlierer eines Willensbildungsprozesses nicht schon zum vorneherein feststehen.

Tripolares Kräftefeld

In einer direkten Demokratie ist die «Desavouierungsquote» ein guter Indikator für die Art und Weise der Willensbildung. Desavouierung meint, dass sich oppositionelle Kräfte erfolgreich gegen Entscheide der Parlamentsmehrheit gewehrt haben und die Mehrheit der Stimmenden – in acht Fällen war das Ständemehr ausschlaggebend – anders entschieden hat als die Parlamentsmehrheit. Die Abbildung zeigt, dass die Desavouierungsquote in jüngster Zeit einen historischen Tiefststand erreicht hat. Seit 1960 liegt sie ziemlich konstant bei etwa zwanzig Prozent. Die rückläufige Desavouierungsquote ist das Spiegelbild der zunehmenden Einbindung aller massgebenden Kräfte in den Willensbildungsprozess.

Die grundlegenden politischen Konfliktlinien sind weiterhin vorhanden, aber die Konstellationen haben sich gewandelt. Aus dem vorwiegend bipolaren politischen Kräftefeld (links - rechts) ist mit dem Aufstieg und der Rechtspositionierung der SVP fallweise ein tripolares geworden, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Willensbildungsprozess. Die Parteien mit dem stärksten Einfluss auf die Entscheidungsprozesse sind immer noch jene in der Mitte, also CVP und FDP, da sie sowohl nach links wie nach rechts Koalitionen bilden können. Der Ausgang von Entscheidungsprozessen ist jedoch unberechenbarer geworden. Im Kern dominiert in der Schweiz aber nach wie vor die Konstellation bürgerliche gegen links-grüne Kräfte. Wohl kam es seit dem Aufstieg der SVP zur wählerstärksten Partei gerade bei aussen- und migrationspolitischen Fragen zu Allianzen Mitte-links gegen die SVP. Allianzen gegen die SP bilden aber immer noch die relative Mehrheit.

Was die dominierenden Akteure angeht, so hat in den vergangenen Dekaden eine Umschichtung stattgefunden. Zwar gehören die Wirtschaftsverbände immer noch zu den wichtigsten Akteuren, aber der Korporatismus – die enge Verflechtung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren – ist zurückgedrängt worden. Internationale Akteure haben bei der Rechtsentwicklung an Bedeutung gewonnen. Das internationale Recht hat vom Umfang her das Landesrecht überholt. Wichtige, wenn auch nicht direkt greifbare Akteure der schweizerischen Rechtsetzung sitzen heute in Brüssel.

> Viele können nur wenig durchsetzen, und wenige können viel verhindern.

Für das Lobbying bedeutet dies, dass auch Akteure in der Schweiz auf den Willensbildungsprozess innerhalb der EU Einfluss nehmen müssen, wenn sie die Rechtsetzung in bestimmten Bereichen mitgestalten wollen. Die Europäisierung der Rechtsetzung erfolgt sowohl direkt aufgrund der Verpflichtungen durch die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU als auch indirekt durch «autonomen» Nachvollzug des EU-Rechts.

Parlament ist stärker geworden

Die Verwaltung ist grösser und bedeutsamer geworden, die Kantone haben ihre Einflussnahme professionalisiert, und die Mitglieder der Bundesversammlung sind zu Halbberufs- oder Berufsparlamentariern geworden, die sich ihrer Aufgabe intensiver widmen. Die Einführung eines Systems ständiger Kommissionen 1991 hat das Parlament gestärkt. Das Gleiche gilt für die Möglichkeit, die Ausarbeitung eines Parlamentserlasses mittels einer parlamentarischen Initiative selbst leiten zu können. Während das Schweizer Parlament in den frühen 1970er Jahren hauptsächlich vorgeformte Entscheide bestätigt hat, hat es sich zu einem zentralen Akteur im Spiel entwickelt.

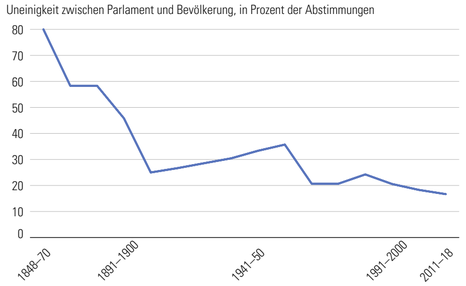
Akteure brauchen Ressourcen, wenn sie ihre Interessen in den Willensbildungsprozess einbringen und sie durchsetzen möchten. Dazu gehören Wissen, Können, Netzwerke, Kommunikationskanäle, Argumente, Informationen, Einladungen, Geschenke, Zusagen für Gegengeschäfte und einträgliche Nebenjobs – und natürlich Geld. Einige dieser Ressourcen dienen als «Tauschgüter» für das Lobbying. Die Grenze zur Korruption ist fliessend, etwa bei Einladungen zu Auslandreisen. Nicht alle Ressourcen lassen sich mit Geld kaufen, aber einige davon schon. Wer über ausreichend Geld verfügt, kann etwa professionelle Lobbyisten einstellen, Kontakte zu Entscheidungsträgern herstellen, öffentliche Aufmerksamkeit in Medien kaufen, Flyer in sämtliche Briefkästen verteilen, Unterschriftensammler bezahlen, Fachtagungen sponsern, das Sekretariat von fraktionsübergreifenden parlamentarischen Gruppen führen, «neutrale» Gutachten in Auftrag geben, Meinungsumfragen durchführen lassen, ja ganze Denkfabriken betreiben.

Die Ressourcen sind unter den Akteuren sehr ungleich verteilt. Ein Unternehmerverband verfügt über wesentlich mehr Ressourcen als etwa ein Rentnerverband. Dank den sozialen Netzwerken können heute auch Akteure mit wenig Geld ausserhalb des bestehenden Parteien- und Verbändesystems Interessen artikulieren und bündeln. Um substanziellen Einfluss auf Willensbildungsprozesse zu gewinnen, reicht das freilich nicht; dazu braucht es persönliche Beziehungen zu den Entscheidungsträgern und handfeste «Tauschgüter» für das Lobbying. Je nachdem, wo politische Parteien, Verbände und Komitees im politischen Spektrum positioniert sind, fliessen Spenden mehr oder weniger reichlich. Spenden sind ebenfalls eine Form der Interessenwahrnehmung. Wer Parteien, Kandidierende oder Abstimmungskomitees finanziell unterstützt, will in der Regel Willensbildungsprozesse unmittelbar oder mittelbar beeinflussen. Die meisten westeuropäischen Staaten – die Schweiz zählt nicht dazu – kennen als eine Art Ressourcenausgleich eine direkte staatliche Parteienfinanzierung.

Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen ist das eine – Transparenz darüber das andere. Geldflüsse bilden ab, welche Partikularinteressen mit welcher Intensität auf einen Willensbildungsprozess einwirken. In fast allen europäischen Staaten gibt es Offenlegungsbestimmungen, was die Einnahmen und Ausgaben von politischen Parteien und politischen Aktionskomitees angeht. In der Schweiz müssen Parlamentarier zwar ihre Interessenbindungen deklarieren. Aber weder sie noch die politischen Parteien müssen Angaben machen über die Einflussnahme durch Lobbyisten, zum Umfang der Finanzflüsse und zur Politikfinanzierung generell. In den Berichten der Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (Greco) wird die fehlende Transparenz in der Schweiz periodisch kritisiert.

Die Stimmenden desavouieren das Parlament seltener

Uneinigkeit zwischen Parlament und Bevölkerung, in Prozent der Abstimmungen



QUELLE: SILVANO MOECKLI NZZ Visuals/cke.

Reagieren statt Agieren

Willensbildungsprozesse brauchen ihre Zeit. Dieser Zeitbedarf ist unter anderem eine Folge des Einbezugs vieler Akteure und der präventiven Wirkung des Gesetzesreferendums. Wenn man eine Volksabstimmung vermeiden oder gewinnen möchte, dann muss man ein Gesetz politisch möglichst breit abstützen. Kein Akteur kann den Prozess alleine steuern. Es ist leichter, im Laufe des Prozesses etwas zu verhindern, als etwas durchzusetzen. Die Willensbildung verläuft keineswegs immer rational; Informationsdefizite, soziale Bindungen, Emotionen, aufwühlende Ereignisse, Zeitdruck, Zweifel und Unsicherheit spielen eine Rolle beim Zustandekommen einer Entscheidung.

Wenn wir die einschlägige Typisierung von Frans van Waarden (1995) heranziehen, lässt sich die politische Willensbildung in der Schweiz im internationalen Vergleich wie folgt einordnen: Sie ist eher reaktiv als aktiv. Es wird eine Antwort auf Probleme gesucht, wenn sie auftauchen. Wenn sie drängend sind, kann im Bedarfsfall auch rasch entschieden werden. Die Lösungen sind eher inkrementell als umfassende grosse Würfe. Keine Regierungspartei oder Parteienkoalition kann nach Wahlen ihr Programm durchsetzen. Die Willensbildung erfolgt nicht unter Druck oder paternalistisch «von oben», sondern durch Konsultation, Verhandlung und Überzeugung. Wie erwähnt ist die Willensbildung eher konsensorientiert als majoritär. Sie erfolgt sowohl in dafür vorgesehenen Institutionen als auch in informellen Netzwerken. Die Umsetzung wiederum ist eher legalistisch als pragmatisch, das heisst, die Regelungsdichte ist hoch und die Anwendung der Regeln strikt.

Anders als in einem autoritären politischen System gibt es in der Schweiz kein «Machtzentrum», von dem aus der politische Entscheidungsprozess vorbestimmt und gesteuert wird. Fredy Gsteiger urteilt: «Zutreffend ist wohl die Feststellung, dass in der Schweiz im Grunde gar niemand die Macht hat.» Viele können nur wenig durchsetzen, und wenige können viel verhindern. Die Mittel und Fähigkeiten, die eigenen Interessen in politische Willensbildungsprozesse einzubringen, sind freilich auch in einer Demokratie ungleich verteilt. Die Möglichkeiten der Beteiligung an Willensbildungsprozessen sind nur formell gleich.

Die Kultur des Entscheidens

Zum Schluss sei ein zusätzlicher weicher Faktor von politischen Willensbildungsprozessen erwähnt, der eng mit der Konkordanz zusammenhängt. Gemeint ist die Kultur von Willensbildungsprozessen. Natürlich wollen Beteiligte als Gewinner aus Willensbildungsprozessen hervorgehen, und sie setzen dafür mit unterschiedlicher Intensität ihre Mittel ein. Menschen lernen aus miterlebten Willensbildungsprozessen; sie werden entsprechend sozialisiert. Sie ordnen ein, welcher Akteur glaubwürdig, verlässlich, initiativ, korrekt ist; wer unzuverlässig, nicht vertrauenswürdig ist, unlautere oder gar illegale Mittel einsetzt und so weiter. Spielregeln werden als fair oder ungerecht empfunden.

Diese Einschätzung bildet die Grundlage für das Verhalten in künftigen Willensbildungsprozessen. Wer zum Beispiel verleumdet, diffamiert, droht, intrigiert oder mit Fake-News arbeitet, muss damit rechnen, dass ihm ein nächstes Mal die gleichen Mittel entgegengesetzt werden und dass die Kultur des Entscheidungsprozesses insgesamt vergiftet wird. Die Gegner von heute können die Allianzpartner von morgen sein.

Konflikte sind notwendigerweise Bestandteil von Willensbildungsprozessen. Die Akteure, Strukturen und Regeln der Entscheidungsprozesse wandeln sich. Beständig sein kann ein grundlegendes Einvernehmen über die Konkordanz selbst: faire Spielregeln, institutionelle Zurückhaltung, gegenseitiger Respekt und der Wille zu ausgewogenen Lösungen. Es kommt nicht nur auf das Ergebnis eines Willensbildungsprozesses an, sondern auch darauf, wie es zustande gekommen ist.

Der Politikwissenschafter **Silvano Moeckli** ist emeritierter Professor der Universität St. Gallen. Er ist Autor des 2017 in 4. Auflage erschienenen Buches «Das politische System der Schweiz verstehen» (KLV-Verlag).

Ansichten eines Orakels

Als SP-Chef überlistete Peter Bodenmann regelmässig seine Gegner – auch als Hotelier weiss er fast alles besser

MARC TRIBELHORN



«Supergüet, nid?»: Peter Bodenmann in seinem Reich, dem Hotel «Good Night Inn». JOËL HUNN / NZZ

In der Grossküche schöpfen drei Frauen kaltes Riz Casimir auf einige Dutzend Teller. Stunden später soll das Gericht wieder aufgewärmt und als Abendessen serviert werden. «Wenn Sie ein Romantik-Hotel suchen, müssen Sie woanders hin. Wir sind eine kleine Fabrik», erklärt der Hausherr und trottet leicht gebückt in den gigantischen Speisesaal. Alles sei hier durchrationalisiert, schwärmt Peter Bodenmann, der legendäre SP-Präsident, der vor langer Zeit ins Gastgewerbe gewechselt ist. Und «verdammt ökologisch» sei das Hotel auch; Heizung, Kühlung, Strom, Wasserverbrauch, schön optimiert. Als Beweis zeigt er am Frühstücksbuffet sein neustes Spielzeug: einen vollautomatischen Butterspender. «Oben geben wir 2,3 Kilogramm schwere Butterbomben der Bergbauern vom Simplon rein, unten kommen auf Knopfdruck kleine Portionen raus. Keine Verpackung, kaum Resten – supergüet, nid?»

Es ist ein sonniger Vormittag im August, als wir Peter Bodenmann in seinem Hotel im Zentrum von Brig besuchen. «Good Night Inn» heisst es, und nichts läge ferner, als diesen Betonklotz als Bijou zu bezeichnen. «Wir haben 320 Betten, jetzt in der Hochsaison sind sie zu 97 Prozent ausgelastet, pro Jahr verbuchen wir 75 000 Übernachtungen», deklamiert Bodenmann bereits in der Lobby, bevor er uns ins vierte Untergeschoss hinabführt.

Wo einst eine Disco geplant war, steht nun auf 800 Quadratmetern eine massstabsgetreue Modellbahn der Lötschberg-Nord- und -Südrampe. Züge rattern sanft durch die Landschaften, ein Traum für Ferrophile. «Hätten meine Frau und ich die Anlage nicht übernommen, wäre sie in der Kehrichtverbrennungsanlage gelandet. Schon vor der offiziellen Eröffnung kommen Bahnfreunde von weit her zu uns.» Der Genosse im schwarzen Tschopen lächelt milde. Schlohweiss ist seine Mähne mittlerweile, und an Masse zugelegt hat der Mann, der als Enfant terrible die Schweizer Politik der 1990er Jahre aufmischte wie nur noch Christoph Blocher, sein ewiger Rivale.

Politfuchs mit Pokerface

Der 1952 geborene Spross eines CVP-Ständerats und Präsidenten der Bankenkommission ärgert bereits als Schüler die Lehrer am Briger Kollegium Spiritus Sanctus. Im tiefkatholischen Stammlande gehört er zu den Gründern der linken Kampfschrift «Rote Anneliese» und der Gruppierung «Kritisches Oberwallis» (die später in der SP aufgeht), studiert in Zürich Jura und wird, erst 24-jährig, Briger Stadtrat. Die Domestizierungsversuche seiner Regierungskollegen scheitern allesamt, und so geht es weiter steil aufwärts: Bodenmann wird in den Nationalrat gewählt, übernimmt 1990 von seinem Mentor Helmut Hubacher das SP-Präsidium – und führt die zuvor serbelnden Genossen mit strammem Linkskurs und Europaparolen 1995 zum Wahlsieg.

Für die Bürgerlichen ist der Politfuchs mit dem Pokerface eine Reizfigur: ein «roter Rambo» sei er, ein Populist, eine Wildsau, schimpfen sie. Tatsächlich ist er ein Meister der kalkulierten Provokation: Die Armee bezeichnet er als «Trachtenverein», seine Gegner als «intellektuell unterdotiert», um dann am Schluss doch mit freisinnigen Bergler wie Franz Steinegger und Pascal Couchepin Kompromisse zu schmieden. Mit Scharfsinn, Show und Sticheleien macht der Schnelldenker die «Arena» zum Lagerfeuer der Schweizer Politik. Aufmüpfigen Genossen tritt er auf die Füsse, er gilt als arrogant und autoritär, doch der Erfolg gibt ihm recht. Oft ist er der Konkurrenz einen Schritt voraus: «Nicht die Grossen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen.»

1997 verabschiedet er sich von der Bundespolitik und zieht in die Walliser Regierung ein. Nur zwei Jahre später tritt er zurück: Weil der Generalunternehmer des familiären Hotelprojekts finanziell am Boden liegt, übernimmt Bodenmann innerhalb des Clans das Ruder.

Viele Rentner, keine Reichen

Seither führt er das «Good Night Inn» und hat eine einträgliche Nische gefunden. Bodenmann ist Reiseveranstalter und Gastgeber in einem, organisiert mehrtägige Komplettpakete für ausländische Busgruppen, die von Brig aus Zermatt, Chamonix oder Stresa besuchen. Es sind hauptsächlich Rentner, die bei ihm absteigen, viele Deutsche und Holländer, keine Reichen.

Herr Bodenmann, haben Sie den Wechsel in die Hotellerie nie bereut?
Überhöibd nid! Im Prinzip ist es gleich, ob man eine Partei oder ein Hotel erfolgreich führt. Bei beiden geht es darum, ein Produkt im Markt zu positionieren und zu verkaufen. Mit Hotel, Wohnungen, Geschäftsflächen und 50 Angestellten haben wir genug Probleme zu lösen.

Keinerlei Entzugserscheinungen?
Wer einmal süchtig war, wird nicht ganz suchtfrei sterben. Mein Entwöhnungsprogramm sind vor allem Kolumnen und Artikel in der «Roten Anneliese», im Oberwalliser Gratisanzeiger, im «Nouvelliste» oder natürlich in der «Weltwoche».

Ausgerechnet dem Magazin von SVP-Nationalrat Roger Köppel . . .
«Wieso für so ein Saublatt?», fragen mich Kollegen immer wieder. Aber erstens schrieb ich schon für die «Weltwoche», als sie noch linksliberal war, und zweitens kann ich dort schreiben, was ich will. Ich bin überzeugt, dass die politischen Lager miteinander kommunizieren oder zumindest den jeweils anderen Standpunkt kennen sollten.

Peter Bodenmann ist immer ein politischer Überzeugungstäter gewesen. Trotz anderslautender Ankündigung hat er sich auch in den 20 Jahren als Hotelier unentwegt in Debatten eingemischt, spitzzüngig, originell, öfters auch mit Schnellschüssen und Querschlägern. Bis heute wird er von den einen als «Orakel von Brig» bejubelt, von den anderen als selbstherrlicher Besserwisser geschmäht. Seine Nachfolger an der SP-Spitze stellte der Oberwalliser regelmässig in den Senkel, kritisierte sie aus der Ferne als untätig oder unfähig, schimpfte über ihren «Streichelzoo» und lancierte neue Strategiepapiere. Auch vor den Bundesräten machte er nicht halt, riet ihnen einst sogar, gescheiter ins Fitness zu gehen. Dann sähen sie besser aus; die Amtsgeschäfte würden ohnehin die Chefbeamten erledigen.

Vor allem der ökologische Umbau der Schweiz, den Bodenmann schon in den 1990er Jahren forderte, treibt ihn derzeit wieder um. «Die SVP hat in der Klimadebatte total in den Kuhmist gegriffen. Das Kleinreden des Problems durch die Parteileitung wird sich rächen. Unter den Bauern hat es viele Beunruhigte, die mit trockenen Böden kämpfen und die schwindenden Gletscher oder bröckelnden Berge sehen.» Die Freisinnigen, die sich erst spät zum Klimakurs bekannt haben, kommen ihm vor wie TV-Kommissare im «Tatort»: «Im letzten Moment das Blaulicht aufs Dach und losbrettern.» Von der CVP höre man gar nichts. Aber auch die Grünen und seine Genossen hätten nicht viel mehr zu bieten als «billige emotionale Anbiederung für Umweltbewegte». Es fehle der Glaube an den technischen Fortschritt. «Sogar CSU-Mann Söder will Bayern bis 2040 klimaneutral machen. Das können wir locker zehn Jahre früher schaffen. Wir haben den geringeren CO_2-Ausstoss und die Wasserkraft als Trumpf, das rechnet sich auch marktwirtschaftlich», versichert er und schlürft an seinem Milchkaffee.

Überraschend für einen Linken, setzt Bodenmann auch beim Fremdenverkehr auf die Segnungen des Marktes. Von staatlichen Geldspritzen für den Tourismus, wie sie etwa sein Parteikollege Hans Stöckli fordert, hält er – nichts.

Wieso eigentlich nicht?
Das verhindert nur den notwendigen Strukturwandel. Die wahren Probleme für uns Hoteliers sind der zu starke Franken und die zu hohen Lebensmittelpreise. Im Tourismus gibt es zu wenig Innovation.

Was wären Ihre Vorschläge?
Man müsste Bergstationen wie Resorts betreiben. Zur Finanzierung der Infrastruktur braucht es zudem ein übertragbares Generalabonnement für die Bahnen, das für Ferienhausbesitzer und Hoteliers obligatorisch wäre. Und wir haben zu viele Bergbahnen. Es ist wie in einer Werftenkrise: Gefordert ist eine Konzentration auf die erfolgreichen Standorte. Aber solche Vorschläge stossen bei den Schweizer Bergbähnlikommunisten auf wenig Gegenliebe.

Wie halten Sie es mit ausländischen Investoren?
In Crans-Montana pumpt Radovan Vitek viel Geld in die Infrastruktur, in Saas-Fee ist es Peter Schröcksnadel. Was soll daran schlimm sein? Die wagen wenigstens etwas. Und vielleicht ist das ja die dringend nötige Vitalisierungsspritze.

Sie sind dem Kapitalismus plötzlich wohlwollend gesinnt . . .
Im Gegensatz zu vielen Linken habe ich Marx gelesen. Er war fasziniert von den Umwälzungen, die der Kapitalismus erzwingt. Als Linker kann und muss man sich für die gerechte Verteilung des Reichtums, für den ökologischen Umbau und ein gutes Gesundheitssystem einsetzen. Es braucht aber keine Bewirtschaftung von Illusionen: Die Linke hat schlicht noch kein Konzept für die Überwindung des Kapitalismus.

Sozialdemokratische Tristesse

Wer viel kritisiert, muss nicht zwangsläufig recht haben. Das Orakel Bodenmann hat sich schon arg vertan. An den seit Jahrzehnten prophezeiten EU-Beitritt glaubt er aber noch immer. Die Schweiz werde sich anpassen, was ohnehin immer unser Erfolgsrezept gewesen sei, bereits nach Marignano oder während des Zweiten Weltkriegs. Und sonst? «Das Gedächtnis ist eine Fälscherwerkstatt», weicht er aus, bevor er dann doch auf die Sozialdemokratie zu sprechen kommt. Im Moment, als die Genossen in vielen europäischen Ländern an die Macht gelangten, habe er an eine Zeitenwende geglaubt. Doch die Hoffnung sei leider Vater des Gedankens gewesen. Die Sozialdemokraten hätten sich bald bei der Mitte angebiedert und mit dem «Dritten Weg» den Pfad des Neoliberalismus gewählt. «Das waren unsoziale Dünnschiss-Programme, die den dramatischen Niedergang einst stolzer Volksparteien eingeläutet haben.»

Was erwartet er noch vom Leben mit 67 Jahren? Zusammen mit seiner Frau sei er am Punkt angelangt, an dem sie das Hotel bald in jüngere Hände geben wollten, erzählt Bodenmann. Die Testphase läuft. Also kommt es doch noch zu einem politischen Comeback? «Das werde ich seit 20 Jahren gefragt, aber ich kann die NZZ beruhigen: Entscheidend sind wie bei einer Maschine die Laufstunden, und da habe ich schon zu viele.»

WAS MACHT EIGENTLICH . . .?

Sie haben die Schweiz bewegt, sind dann aber aus dem Rampenlicht verschwunden. In dieser Serie spürt die NZZ solche Persönlichkeiten auf. Was bewegt sie heute, und was haben sie zu Aktuellem zu sagen? Das Porträt des ehemaligen SP-Präsidenten Peter Bodenmann schliesst die Seria ab.

NZZ nzz.ch/schweiz

SBB dürfen an Haltestellen vorbeifahren

Bundesamt für Verkehr hält Vorgehen für «vernünftig»

(sda) · Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat den Wegfall von Halten von SBB-Zügen bei Verspätungen unter die Lupe genommen. Es kommt zum Schluss, diese Massnahme diene in vernünftiger Weise der Erfüllung der Betriebspflicht. «Aus konzessionsrechtlicher Sicht begrüssen wir, dass im Falle von Betriebsstörungen und Verspätungen der ‹Schaden› im gesamten konzessionierten Verkehr im Auge behalten wird», teilte das BAV am Montag auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA mit. «Das heisst, dass die Auswirkungen über das gesamte System minimiert werden und nicht bei einem einzelnen Zug.»

Die SBB hatten dem BAV dargelegt, dass der Wegfall von einzelnen Halten auf den zu jedem Fahrplanwechsel erstellten Richtlinien und vorbehaltenen Entschlüssen im Personenverkehr (Rivep) basiere. Die Massnahmen dienten einerseits der Stabilisierung des übrigen Verkehrs im Falle einer Verspätung eines Einzelzuges und anderseits der Verhinderung von Dominoeffekten mit Verspätungsübertragungen auf andere Kundinnen und Kunden. In der neusten Rivep-Version kämen zwei Fälle zur Anwendung, bei denen ein Zug an Unterwegsbahnhöfen durchfahre: erstens die Strecke Zürich–St. Gallen für die Züge 1507–1533 ohne Halt in Wil, Flawil, Uzwil und Gossau. Die Anwendung sei seit dem Fahrplanwechsel vom letzten Dezember viermal erfolgt. Zweitens die Strecke Bern–Olten–Zürich für die Züge 21xx ohne Halt in Brugg und Baden. Dies sei seit dem Fahrplanwechsel dreizehnmal vorgekommen. «Wir kommen zum Schluss, dass die erwähnten Massnahmen in vernünftiger Weise der Erfüllung der Betriebspflicht dienen», schreibt das BAV.

Luzi Stamms Kokainkauf bleibt folgenlos

Verfahren wird eingestellt

(sda) · Dass der Aargauer SVP-Nationalrat Luzi Stamm während der Wintersession in einem Koffer eine Million Euro Falschgeld sowie ein Gramm Kokain mit in die Wandelhalle des Parlaments genommen hatte, hat keine juristischen Folgen. Die Bundesanwaltschaft (BA) hat im Zusammenhang mit dem Falschgeld eine Nichtanhandnahme-Verfügung erlassen. Nach Vorabklärungen, bei denen geprüft wurde, ob in der Schweiz strafbare Handlungen begangen worden sind, hat die BA kein Verfahren gegen Stamm eingeleitet. Die BA bestätigte damit am Montag auf Anfrage einen entsprechenden Bericht von Schweizer Radio SRF. Das Falschgeld gehörte, wie Stamm im März öffentlich erklärte, einem Klienten. Weil Session gewesen sei, habe er den in Mailand übernommenen Koffer in Bern dabei gehabt. Das Geld habe er sofort von Spezialisten begutachten lassen. Stamm bezeichnete die Falschgeld-Vorwürfe auf seiner Website als «völlig deplatziert». Es handle sich nur um ein Delikt, wenn jemand Falschgeld importiere, um dieses in der Schweiz in Umlauf zu bringen.

Ebenfalls keine juristischen Folgen hat eine Anzeige der Berner Kantonspolizei gegen Stamm bei der Staatsanwaltschaft wegen Drogenbesitz von Mitte April. Der 66-jährige Jurist hatte Anfang März in Bern auf der Strasse ein Gramm Kokain gekauft und dieses ins Bundeshaus mitgenommen. Der Berner Staatsanwalt Markus Scholl bestätigte auf Anfrage, dass das Verfahren gegen Stamm eingestellt worden ist. Am Morgen nach dem Kauf hatte sich Stamm bei der Berner Kantonspolizei gemeldet. Mit der Aktion habe er die Politik aufrütteln wollen.